

(Herder (SPD))

- (A) Gladbach gehörig verhauen worden, weil die CDU in diesem Punkt völlig versagt hat.

Ich bin mir völlig darüber im klaren, daß das, was Sie, Herr Kuckart, bezüglich der Opposition und der Regierungspartei gesagt haben, völlig richtig ist. Nur, wir sollten einmal gucken, ob wir das nach dem 25. wirklich über die Runden bekommen.

(Riscop (CDU): Weihnachten, oder was meinen Sie?)

- Nein, nein, nicht Weihnachten.

Aus sportpolitischer Sicht kann ich nur feststellen: Wahlkampfsprüche und hektischer Aktionismus ersetzen kontinuierliche Arbeit nicht. Dazu paßt dann auch, daß die CDU keinem Antrag auf Erhöhung der Etatsansätze zustimmen konnte, sondern sich bei den Einzelabstimmungen durch Enthaltung der Verantwortung entzogen hat.

Lassen Sie mich noch zu einem wichtigen Gesichtspunkt kommen, zu dem Sportmuseum. Schon lange gibt es in der sportpolitisch orientierten Öffentlichkeit den Wunsch, ein Deutsches Sportmuseum zu errichten. In ihm sollen sich beispielhaft die Geschichte des deutschen Sports, seine gegenwärtige Situation, seine Einbettung in die Gesellschaft und die gesellschaftliche Funktion des Sports widerspiegeln. Ein Sportmuseum ist damit nicht nur Aufbewahrungsort für Trophäen. Ähnlich wie andere Fachmuseen hat es eine kulturelle und gesellschaftliche Aufgabe.

(B)

Seit langem bemüht sich die Stadt Köln in besonderer Weise um eine solche Institution. Nachdem nun auch der Bund - dies begrüße ich ganz besonders - seine Finanzierungszusage abgegeben hat, können wir, glaube ich, davon ausgehen, daß im Jahre 1987 mit den Planungen für dieses wichtige Vorhaben in Nordrhein-Westfalen begonnen werden kann.

Meine Damen und Herren, der Sport ist eine Wachstumsbranche, nicht nur im ökonomischen Sinne. Verbesserung der Lebensqualität und humane Gestaltung der Gesellschaft ist eine seiner hervorragenden Aufgaben. Dazu bedarf es vielfältiger Anstrengungen.

Mit dem veränderten Sporthaushalt für das vor uns liegende Haushaltsjahr geht Nordrhein-Westfalen in eine richtige Richtung. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

Einzelplan 06: Wissenschaft und Forschung

Ich darf Herr Abg. Dr. Posdorf von der Fraktion der CDU hierzu das Wort erteilen.

Dr. Posdorf (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn es nicht zum Weinen wäre und wenn es nicht nach oben kaum abschätzbare, sich fatal auswirkende negative Konsequenzen für die gesamte Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen hätte, wenn das nicht die unerträglich bittere Realität wäre, dann wäre es ja amüsant, tagtäglich landauf, landab und auch hier in diesem Hohen Hause mit ansehen und auch live miterleben zu müssen, wie die Regierung Rau den immer groteskere Formen annehmenden Aktionismus in Sachen Hochschule, Wissenschaft und Forschung, nimmer müde werdend, als Politik zu verkaufen versucht.

Meine Damen und Herren, das Wort Politik ist griechischen Ursprungs und bedeutet - man muß es gerade zu diesem Zeitpunkt immer wieder eindringlich betonen -: Führung, Erhaltung, Ordnung eines Gemeinwesens. Geführt wird etatistisch, was sich aufgrund der desolaten Haushaltslage als Folge einer maroden Finanzpolitik wie folgt dokumentiert:

Da freuen sich die SPD-Abgeordneten im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung und sind anscheinend - oder vielleicht doch nur "scheinbar" - mit sich zufrieden, wenn sie von der Haushaltsstelle 00x 1,50 DM nach 00y transferieren können, nachdem sie sich natürlich vorher im Wissenschaftsministerium haben sachkundig machen lassen, daß diese 1,50 DM in 00x sowieso zu hoch angesetzt waren.

Es gibt dann sogenannte "Topfstellen". Zur Erläuterung für die Nichtmitglieder des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung: Das sind Stellen, die vom Ministerium den Hochschulen weggenommen werden, um sie dann, nach welchen Kriterien auch immer, den Hochschulen zum Teil für Spitzenforschung und Arrondierung bestimmter Hochschulbereiche - was immer das heißen mag; es hört sich jedenfalls gut an - zurückzugeben. Diese "Topfstellen" werden in hohem Maße dazu verwendet, um beim Umherreisen durch die Hochschulen nach dem Prinzip "Des Knaben Wunderhorn" vorher abgesicherte Beglückungsgaben generös zu verteilen - Beglückungsgaben, die vorher auf eine andere Art, jedoch von der Anzahl her mindestens mit dem Faktor 5 behaftet, den Hochschulen bereits genommen worden sind,

(Kniola (SPD): Völlig falsch, was Sie sagen!)

(Dr. Posdorf (CDU))

- (A) gänzlich ohne auf hochschulintern durchführbare Umwidlungsmöglichkeiten, Herr Kniola, und den Willen der Hochschulen dazu irgendeine Rücksicht zu nehmen.

Doch was nun kommt - gestatten Sie mir den Ausdruck -, das schlägt dem Faß die Krone wirklich mitten ins Gesicht! Wehe, Herr Kniola, eine Hochschule stellt sich unter "Beglückung" etwas anderes vor und will in retour etwas anderes, als Ministerium und AK 19 der SPD sich vorstellen! Dann, ja dann ist der AK 19 empört und beschließt nicht etwa, den speziellen Wünschen der Hochschule, ihrer Struktur und ihren Zielpjektionen entsprechend nachzukommen - nein, meine Damen und Herren, dann beschließt der AK 19 Strafe. Die nicht brave Hochschule bekommt die zugedachten Topfstellen nicht. Sie werden anderweitig vergeben - so geschehen an der Universität Düsseldorf!

Meine Damen und Herren, das hat doch mit Führung nichts zu tun; das ist Krampf,

(Zustimmung bei der CDU)

einfach nur ein Krampf und endet im Grunde genommen in Willkür.

"Erhaltung eines Gemeinwesens im Sinne zukunftsorientierter Weiterentwicklung der Universitäten und Fachhochschulen" - sagen Sie mir oder der CDU-Fraktion doch einmal, wo das stattfindet oder, ein bißchen anders formuliert: Wo meinen Sie denn wenigstens, daß das stattfindet?

(B)

Die Hochschulen unseres Landes haben sich in der Vergangenheit bis zum heutigen Tage erfolgreich bemüht, den ihnen gestellten Aufgaben zu genügen, und sie haben darüber hinaus Arbeit und Leistung gezeigt. Sie haben sich mit ganzer Hingabe der Aufgabe zugewandt, viele Studentinnen und Studenten auszubilden. Unsere Universitäten und Fachhochschulen reagierten, so gut es ihnen in bezug auf ihre personelle und apparative Ausstattung möglich war, auf sich ändernde Anforderungsprofile, und sie agierten und agieren immer noch, zukünftige Entwicklungstendenzen erkennend, in hohem Maße flexibel.

Eine Vielzahl neuer, zukünftigen Anforderungen entsprechender Studiengänge, Studienvertiefungen, Ergänzungen, Schwerpunkte, die Anpassung von Studieninhalten und die Einbeziehung von informationstheoretischen Grundlagen und weiterführenden Kenntnissen in die Studiengänge sowie sachbezogene und praxisorientierte Mitverarbeitung und Mitbearbeitung sowohl globaler als auch spezieller Problemstellungen bezeugen dies, wie ich meine, sehr eindrucksvoll.

Technologietransfer ist zur selbstverständlichen Aufgabe unserer Hochschulen geworden. Aber Transferleistungen und Transfererfolge beruhen auf starkem persönlichem Engagement unserer Hochschullehrer oder von Gruppen von Hochschullehrern. Nicht die Düsseldorfer Administration, sondern Eigeninitiativen brachten Initialzündungen und positive Folgeerscheinungen.

(Beifall bei der CDU)

Einige haben Sie genannt. Die lagen aber nicht an der Düsseldorfer Administration! Nicht der auf einer Stelle eingesetzte Transferbeauftragte der einzelnen Hochschule ist der Erfolgsgarant - auch wenn Sie das meinen -, sondern das Know-how, das Know-why und auch das Wissen unserer Hochschullehrer, in welcher Richtung, garantieren Kreativität, Innovation und, daraus resultierend, Erfolg.

Darüber hinaus - und ich sage bewußt: darüber hinaus -, meine Damen und Herren, ist weltweit anerkannte Spitzenforschung von und in unseren Hochschulen betrieben worden, Spitzenforschung, deren Ergebnisse unsere Ressourcen für die Zukunft sind.

Welche Vorstellungen hat denn die Landesregierung? Wie sind ihre Vorgaben? Demographische Entwicklungen sind kein Problem, das heute erst aufgetaucht ist. Demographische Entwicklungen waren nicht erst gestern da, sondern haben sich schon vor Jahren abgezeichnet! Wo sind denn Ihre Antworten darauf? Sie sind die Antwort schuldig geblieben. Sie sind sie schuldig geblieben, um sie möglicherweise nach dem 25. Januar geben zu können, weil Sie bis dahin nicht zugeben wollen, daß Ihre Hochschulpolitik den Bach heruntergegangen ist!

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zur Ordnung eines Gemeinwesens; ich wiederhole mich da: Trotz, wie geschilldert, enormer Anstrengungen der beteiligten Hochschulen, deren festem Willen, weiter produktiv für unser Land tätig zu sein, kann ich mit Blick auf die für die Weiterentwicklung unserer Hochschullandschaft in der Vergangenheit und in der Gegenwart verantwortliche zeichnende Regierung Rau nur ganz lapidar feststellen, daß ich den fundierten Eindruck habe, daß sie in diesem Zusammenhang nicht einmal weiß, wie "Ordnung" geschrieben wird.

Heute, wo ganz evident fiskalische Zwänge vor wissenschafts- und forschungspolitische und - ich betone - implizit damit auch wirt-

(Dr. Posdorf (CDU))

- (A) schaftspolitischer Vernunft rangieren, setzen die den Namen "Politik" nicht verdienenden Handlungsweisen der Regierung Rau die Hochschulen insgesamt auf eine schiefe Ebene, so daß sie, einem Naturgesetz folgend, weiter abrutschen, wenn es in dieser Beziehung so mit dem weitergeht, was Sie als "Politik" bezeichnen.

Da hilft es auch nicht, wenn Sie die Hochschulen loben. Klar, ich weiß es, jedermann weiß es: Loben stärkt die Motivation, ist eine sogenannte positive Verstärkung. Nur: Allein durch Loben und Handeln nach der Devise "In Gedanken bin ich bei euch" ist das den Hochschulen immanente Potential zur Kreativität und Innovation nicht aufrechtzuerhalten. Mich als gelerntem Mathematiker lassen Sie bitte hinzufügen - ich habe es Frau Ministerin Brunn auf dem letzten HLB-Kongreß auch schon einmal gesagt -: Man kann zwar über vieles hinwegsehen, aber eines muß stimmen, nämlich der Gradient, das heißt die richtunggebende Kraft, das, was die Richtung weist.

(Beifall bei der CDU)

Und in der von der Regierung Rau vertretenen Hochschulpolitik, die Sie, Frau Brunn, zur Zeit repräsentieren, stimmt eben der Gradient nicht mehr.

Dann gab es noch eine Regierungserklärung von Herrn Rau am 10. Juni 1985. Lassen Sie mich nur einen Satz daraus zitieren:

(B)

Die technologische und forschungspolitische Offensive wird fortgesetzt.

Das hört sich toll an. Nur: Schauen wir uns doch einmal an, wie das denn aussieht. Zum Beispiel im Titel: "Beihilfen zur Förderung der Forschung" auf dem Gebiet der Ingenieur-, Naturwissenschaften, der Gesellschaftswissenschaften und des Schutzes der menschlichen Arbeitskraft. Auch wenn Sie den Titel jetzt auf fünf andere verteilt haben: die Summe von 1986 mit rund 20,8 Millionen DM ist auch im Ansatz 1987 unverändert und bedeutet seit 1982, wo er 26,2 Millionen DM betrug, eine Reduzierung um 5,4 Millionen DM, sprich 20,6 %. Minus 20,6 % - heißt das für Sie Fortsetzung der Offensive? Ich muß Ihnen ehrlich sagen, daß ich den Eindruck habe, daß Sie hier vorwärts mit rückwärts verwechseln.

(Beifall bei der CDU - Nagel (CDU):
Sehr gut!)

Nächstes Beispiel: Computerinvestitionsprogramm. Meine Damen und Herren, ein Pro-

gramm der Bundesregierung! Das heißt, die im Haushalt ausgewiesenen Gelder werden zur Hälfte von der Bundesregierung bezahlt.

Hier rühmt sich die Regierung Rau allerorts, Spitzenreiter bei der zügigen Umsetzung dieses Programms zu sein. Es stimmt. Nordrhein-Westfalen ist 1986 mit 27 % Anteilen Spitzenreiter bezüglich der Anteile an der Empfehlungssumme aller Bundesländer. Das stimmt. Nur: Was für eine Aussagekraft hat denn diese Aussage? Die Aussagekraft ist doch gleich null, wenn Sie die Bezugsgröße nicht hinzusetzen. Meinen Sie denn etwa, wir würden es nicht merken, wenn Sie nach dem Steigerungsmodus Notlüge - Lüge - Statistik uns mit solchen Zahlen allein etwas zu suggerieren versuchen? Setzen Sie bitte die Bezugsgröße ein! Die Bezugsgröße ist die Studentenzahl, und da hat Nordrhein-Westfalen einen ca. 32%igen Anteil zu verzeichnen. Und schon, meine Damen und Herren, ergibt sich ein gänzlich anderes Bild.

Im Wissenschaftsteil des Technologieprogramm sieht das Ganze genauso aus. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß das projektierte Kulturwissenschaftliche Institut - von dem noch niemand genau weiß, in welcher Form es was an welcher Stelle leisten soll, aber der Name hört sich ja schon einmal gut an - auch aus diesem Topf bezahlt werden soll, verringert sich der Ansatz um ca. 10 Millionen DM. Das sind wieder einmal 20 % weniger, und da reden Sie von Offensive?

Genau das gleiche gilt bei den Großgeräten. Alle Fachleute sind sich einig, und jeder normal denkende Mensch schließt sich an, daß für die erforderliche Leistungsfähigkeit und notwendige Innovationsfähigkeit unserer Hochschulen eben die Bereitstellung eines ausreichenden Finanzvolumens für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung der zentrale Nerv ist, mit dem alles steht und fällt. Mit Geräten an Hochschulen, mit denen lediglich - - Ich habe doch 20 Minuten?

Frau Vizepräsident Friebe: Entschuldigung! Sie haben 20 Minuten.

Dr. Posdorf (CDU): Danke. Es macht mich nervös, wenn ich nur noch drei Minuten habe. Ich wollte noch einiges sagen.

Mit Geräten an den Universitäten und insbesondere an den Fachhochschulen, mit denen lediglich noch der Nachweis methodischer Vorzüge im Bereich der Lehre zu erbringen ist, ist nun wirklich niemandem geholfen, sondern damit wird unserer Wissenschaft ebenso wie unserer Wirtschaft als Ganzes

(Dr. Posdorf (CDU))

- (A) schwerer Schaden zugefügt. Die im Haushalt stehenden Ansätze erreichen nicht einmal die Hälfte des von der DFG und dem Wissenschaftsrat empfohlenen Volumens.

Ich frage Sie: Hat sich denn in der Expansionsphase der Hochschulen die Regierung Rau keine Gedanken darüber gemacht, daß, den elementarsten Regeln der Logik folgend, bei einem Investitionsprogramm von beispielsweise 600 Millionen DM - wir nehmen eine glatte Zahl - durch die sinnvolle Lebensdauer der Geräte von sechs Jahren und entsprechende Abschreibung von 16 2/3 % jedes Jahr im Schnitt ein Sechstel der Summe gleich 100 Millionen DM als Ersatzbedarf im Wissenschaftsbereich zu verzeichnen ist? Wenn ja, wo sind denn dann Ihre Konsequenzen? Wenn nein, meine Damen und Herren, wenn Sie sich darüber keine Gedanken gemacht haben, dann sollte man Sie wegen Unfähigkeit in die Wüste schicken, denn da können Sie im großen Sandkasten spielen!

(Beifall bei der CDU)

Hier in Nordrhein-Westfalen hat dieses Spiel empfindliche Konsequenzen. Dieser Haushalt zeigt eben nicht, wie Sie die Zukunft wagen, sondern zeigt ganz eindeutig, wie Sie in der Gegenwart damit beschäftigt sind, von Ihnen selbst verursachte Leiden der Vergangenheit mehr schlecht als recht zu kurieren.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Die Liste ließe sich beliebig vervollständigen. Herr Dr. Fischer hat in der letzten Rede auf den wissenschaftlichen Nachwuchs bereits hingewiesen. Statt das Problem des wissenschaftlichen Nachwuchses konstruktiv anzugehen, schickt die Landesregierung einen Doktor Eisenbart, der in Verkleidung von Frau Brunn auftritt, der dann das Problem auf seine Art kuriert. Ein Medikament mit der Aufschrift Fiebiger-Plan wird herausgeholt. Bürgt für Qualität. Nur, ätsch: da war kein Fiebiger-Plan drin, sondern ein unbrauchbarer Brunn-Plan. Und nomen est omen: Ich wage hier die Prognose, daß mit Ihrem Lösungsansatz zur Linderung der Probleme im Bereich des wissenschaftlichen Nachwuchses dieser im wahrsten Sinne des Wortes in den Brunn-en fällt.

Als letztes noch einige Bemerkungen zur Hochschulstrukturentwicklung. Auch sie müßte sich im Haushalt niederschlagen, da sie entscheidend die Entwicklungsperspektiven allgemein bestimmen, wenn nicht gar in äußerster Form festlegen wird und sich ihr sicherlich Zielvorstellungen im Detail unterzuordnen haben.

Nach der Hochschulexpansions- und Ausbauphase der 70er Jahre folgt gegenwärtig - wir wissen es -, statt einer Konsolidierungs- eine Schrumpfungsphase, ohne einen erkennbar zugrunde liegenden konzeptionellen Rahmen. Ein rigoroser Gebrauch des Rotstiftes, wie zur Zeit im Personal- und Sachmittelbereich praktiziert, globale Minderausgaben, die sowieso ein Sammelbegriff sind, um die Unterdeckung des Haushaltes, die Herr Posser zu verantworten hat, zu kaschieren! Und dann kommt noch etwas: Der Restplan wird dann über globale Mehreinnahmen finanziert. Ein Hangeln von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr, meine Damen und Herren, das sind Tricks, die nicht nur dem Sachanliegen nicht dienen, dem Sachanliegen nicht gerecht werden, sondern die infolge der damit stetig steigenden Verunsicherung der Hochschulen diesen auch noch die letzten Planungssicherheiten nehmen und ihre Selbstverwaltung verstümmeln. Ich fordere hier, daß ein lupenreiner Sachverstand die Grundlage jeder Entscheidung sein muß. Für mich ist sie die *conditio sine qua non*.

Ich sage dies, meine Damen und Herren, mit aller Deutlichkeit, weil für mich immer klarer wird, daß die zukünftigen Debatten im Zusammenhang mit und über die Fragen der zukünftigen Struktur unserer Hochschulen die Dimensionen, die bei vorangegangenen Konzentrationsmaßnahmen und Problematiken erreicht wurden, noch sprengen werden. Wir wissen alle, ein Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik. Was wir hier vor uns liegen haben, ist ein Haushalt ohne Wert.

Ich frage Sie: Merken Sie das denn nicht? - Wenn nein, meine Damen und Herren, dann ist es schlimm. Wenn ja und wenn dann nichts passiert, nur weil Sie den Wahltermin im Auge habe, dann ist das nicht nur schlimm, sondern auch unverantwortlich.

(Nagel (CDU): Sehr gut! - Zustimmung bei der CDU)

Und da Herr Rau jetzt anwesend ist, worüber ich mich freue, möchte ich gerne mit einem Zitat aus der Bibel schließen, Jesaja 41, Vers 24. Was darin steht, paßt genau zur Regierung Rau. Dort steht nämlich:

Ihr seid nichts, und euer Tun ist auch nichts, und

(Dr. Farthmann (SPD): Euch zu wählen ist ein Greuel!)

euch zu wählen ist ein Greuel.

(Dr. Posdorf (CDU))

- (A) Erfreulicherweise nehmen immer mehr Leute in Nordrhein-Westfalen Kenntnis hiervon und werden sich auch danach richten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Kniola von der Fraktion der SPD.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Kniola: (SPD) - Das hat Sie geärgert, was?

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn wir es schon mit der Bibel haben, will ich gleich fortsetzen: Nicht an ihren Worten, sondern an ihren Taten sollt ihr sie erkennen! - Und was sind die Taten der CDU?

(Zustimmung bei der SPD)

Die Taten der CDU im Bereich des Wissenschaftshaushalts sind, daß sie mal wieder keinen Antrag zum Wissenschaftshaushalt vorgelegt hat!

(Zurufe von der CDU)

Sie halten hier große Reden ohne konkrete Alternative und sind nicht in der Lage, die Mindestanforderungen an eine Opposition zu erfüllen!

(Zustimmung bei der SPD)

- (B) Das ist das, was Sie hier machen.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe der Abgeordneten Nagel und Frau Robels (CDU))

Ich will noch eine kleine Bemerkung dazu sagen. Es ist ja nun bei Ihnen leider schon fast Tradition, daß im Plenum dazu keine Anträge gestellt werden. Erstmalig

(Zuruf der Frau Abg. Robels (CDU))

- das ist wohl der Erfolg der jungen Garde bei Ihnen - haben Sie auch im Ausschuß keine Anträge gestellt. Noch mehr kann man seine Unfähigkeit als Opposition eigentlich nicht unter Beweis stellen.

Herr Kollege Posdorf, eines will ich Ihnen sagen, und weil es mich persönlich getroffen hat, will es auch so persönlich zurückgeben: Wenn Sie mir und meinen Fraktionskollegen unterstellen, daß wir unsere Alternativvorschläge, unsere Änderungsvorschläge zum Haushalt nur erarbeiteten, weil wir Infor-

mationsvorsprünge aus dem Ministerium hätten,

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU)

dann muß ich Ihnen entgegenhalten - warten Sie einen Moment mit dem Klatschen! -: Schauen Sie sich Ihre Kleinen Anfragen an. Sie haben eine Kleine Anfrage gestellt: 30 Stellen Fiebiger-Plan 1986. 1986 haben wir im Haushalt nur 20 Stellen gehabt! Sie haben eine Kleine Anfrage gestellt, wie es mit der globalen Minderausgabe sei, die die Landesregierung gemacht hätte. Wir haben jedoch die Minderausgabe als Landtag beschlossen! Das Mindeste, was man machen muß, bevor man konkrete Alternativen einbringen kann, ist, daß man sich sachkundig macht, indem man die Unterlagen liest. Nicht einmal das machen Sie!

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von der CDU - Zuruf von der CDU: Werdet doch mal ruhig!)

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Kniola (SPD): Nein.

(Pfui-Rufe bei der CDU - Dr. Fischer (CDU): Herr Kollege, es handelt sich doch um etwas Grundsätzliches!)

Eine Stelle ist bei Ihrem Vortrag nicht ganz verständlich geworden, was Sie nämlich mit der Autonomie und dieser bösen Topf-Aktion meinten, wo wir einer Hochschule, der wir etwas versprochen haben sollen, etwas wegnehmen würden.

(Zuruf von der CDU)

Ich will das einmal erklären,

(Zuruf von der CDU)

damit das auch für alle Kolleginnen und Kollegen deutlich wird. Es geht um folgenden Vorgang: Die Landesregierung hat aus politischen Gründen gemeint, daß man an den medizinischen Einrichtungen der Universität Düsseldorf einen Lehrstuhl, versehen mit wissenschaftlichem Mitarbeiter und Hilfskraft, für die Augenheilkunde im Bereich der Tropen, also eine Entwicklungshilfemaßnahme, einrichten müßte. Dann hat der Fachbereich dieser medizinischen Einrichtung abgestimmt. Zweimal ist positiv abgestimmt worden, bis man endlich den Dreh gefunden hatte, daß man hier infolge einer bestimmten Interpretation der gesetzlichen Bestimmungen des WissHG nur die Professorenmehrheit brauchte.

(Kniola (SPD))

- (A) Diese Professorenmehrheit lehnte dann - obwohl das eigentlich, glaube ich, übereinstimmend von uns als sinnvoll angesehen wird - die Einrichtung dieses wichtigen Lehrstuhls ab.

Ich kann nur sagen, meine Damen und Herren auch von der CDU und von der F.D.P.: Wenn wir uns das gefallen lassen, daß die Hochschulen wichtige gesellschaftliche Fragen nicht aufgreifen, sich ihnen verweigern, wenn wir das so hinnehmen und dazu schweigen und sagen würden: "Wir geben euch Stellen zur freien Verwendung, mit denen ihr irgend etwas anderes machen könnt", dann muß ich sagen, daß das nicht mein Verständnis von Wissenschaft und von Aufgabenstellung der Hochschulen in diesem Lande ist.

(Dr. Posdorf (CDU): Was hat denn die Hochschule sonst noch gefordert? Es ist doch nicht so, als wenn das alles gewesen wäre!)

- (B) Ich komme dann noch auf die kleine Unterstellung, die Sie hier in bezug auf das Kulturwissenschaftliche Institut und auf das Wissenschaftszentrum gemacht haben: Als ob dies zu Lasten der Töpfe gehen würde! Sie wissen ganz genau, daß das eben nicht zu deren Lasten ging, sondern daß wir durch unseren haushaltsverändernden Vorschlag dafür gesorgt haben, daß die erforderlichen Stellen eben nicht bei den Töpfen abgesetzt werden, sondern daß diese Stellen aus der ZVS genommen werden. Ich denke, daß das ein ganz wichtiger Änderungsvorschlag gewesen ist, der auch aus meiner Sicht dazu führen wird, eine Akzeptanz für die Einrichtung dieser Institute bei den Hochschulen zu erreichen.

Lassen Sie mich noch einen Punkt aus Ihrer Rede aufgreifen. Sie haben beklagt und kritisiert, daß es hier sozusagen einen weiteren bürokratischen Eingriff in bezug auf die Stellenabsetzung gebe. Es geistert jetzt die Mär durch die Lande, die böse Ministerialbürokratie wolle den Hochschulen die 165 Stellen überstülpen und ihnen sagen, daß sie zu fressen hätten, was sie ihnen vorsetze.

So ist es doch gar nicht! Jeder, der sich ernsthaft damit beschäftigt - das wissen auch die Hochschulleitungen -, weiß, daß hier Vorschläge zwar vorgesehen sind, wie es auch beim Schwier-Plan zur Konzentration und Neuordnung der Fall war, daß aber selbstverständlich die Hochschulen aufgefordert sind, eigene Vorstellungen alternierend, verändernd einzubringen, und daß man am Ende eines Diskussionsprozesses entscheiden wird. Ich denke, das ist etwas, was man als ganz wichtig herausstreichen sollte.

Lassen Sie mich noch zwei kleine Punkte anführen.

Erstens: Am ZIP-Programm der Bundesregierung haben wir nicht einen 27%igen Anteil, sondern einen 40%igen Anteil.

Zweitens: Wenn Sie davon gesprochen haben, daß die Forschungsförderung bei 20,6 Millionen DM stagniert, dann ist das insofern schlichtweg falsch, als Sie dabei die 15 Millionen DM unberücksichtigt lassen, die wir beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales für die Sozialverträglichkeitsforschung veranschlagt haben, ferner die 40 Millionen DM, die wir in jedem Jahr im Bereich der Titelgruppe 66, dem Programm für Zukunftstechnologie, haben. Sie verschweigen dabei auch schamhaft, daß das Land Nordrhein-Westfalen das einzige Bundesland ist, das als eigene Leistung des Landes eine solche Forschungsförderung überhaupt betreibt.

Meine Damen und Herren, die CDU hat keine Anträge eingebracht; aber die F.D.P. - die Kollegen von der F.D.P. haben ja heute mittag schon geredet; ich will das der Fairneß halber kurz erwähnen - hat einige interessante Anträge im Wissenschaftsausschuß eingebracht, denen wir - ich muß das sagen - an einigen Stellen nur ungern unsere Stimme haben verweigern müssen. Sie hatten den einzigen Haken: Es waren 15,8 Millionen DM Mehrausgaben bei einer - für den Restbetrag - sehr dubiosen Deckung, wenn ich das einmal so sagen darf. Ich denke, das paßt mit dem Entschuldungsgesetz hinten und vorn nicht zusammen. Deswegen mußten wir die Anträge aus finanziellen Erwägungen ablehnen.

Ich denke, es gibt keine Alternative zu dem, was der Wissenschaftsausschuß und der Haushalts- und Finanzausschuß hier als Beschlußvorlage vorgelegt haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 06 liegen nicht vor. Ich schließe insoweit die Beratung.

(Hardt (CDU): Und die Landesregierung? - Elfring (CDU): Wieso redet keiner von den Ministern?)

- Die Landesregierung hat sich nicht gemeldet.